

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.03.2024
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:17 Uhr
Ort, Raum:	Konferenzraum 1 + 2, Rosenstraße 28a, 23795 Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Angelika Hahn-Fricke

Herr Matthias Malassa

Herr Martin Ahrens 2. stellv. Landrat

Frau Annette Glage

Herr Torsten Kowitz 1. stellv. Landrat

Herr Benno Weidler

Frau Cordula Schultz 1. stv. Kreispräsidentin

Herr Arne Hansen

Herr Fabian Osbahr

Vertretung für: Frau Denise
Kreissl

Herr Julian Flak

Herr Klaus-Joachim Scheunert

Herr Rainer Schuchardt

Frau Christine Schmid Kreissenorenbeirat

Herr Kurt Barkowsky

Herr Jörg Buthmann Kreispräsident

Frau Constanze Rode

Herr Boxberger HanseWerk AG

19:15 - 19:40

Herr Landrat Schröder

Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr,
Verbraucherschutz

Frau Terschüren FBL Jugend und Bildung

Herr Kuhlmann FDL Personal, Organisation und Ver-
waltungsdigitalisierung

Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprü-
fung

Herr Stelling FDL Informations- und Kommunikati-

onsmanagement

Frau Beer Personal, Organisation und Verwaltungs-
digitalisierung bis 19:23

Herr Kruse Personalrat bis 19:23

Herr Schmitt Gremien, Kommunikation, Controlling bis 19:56

Frau Grunow Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Frau Denise Kreissl -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2024
 - 2.3 Informationen des Landrates
 - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Berichte/Informationen
 - 3.1 Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 76 Abs. 4 GO für das Jahr 2023
Vorlage: DrS/2024/045
 - 3.2 Annahme einer Spende gemäß § 76 Abs. 4 GO für das Jahr 2023 für die Schule am Hasenstieg in Norderstedt
Vorlage: DrS/2024/049
 - 3.3 Sachstand Februar 2024 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zu den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2018 - 2020
Vorlage: DrS/2024/050
 - 3.4 Abschlussbericht E-Government-Aktionsplan 2023
Vorlage: DrS/2024/051

- 3.5 Sachstandsbericht zur Gründung eines gemeinsamen IT-Verbundes - Prüfauftrag
Vorlage: DrS/2023/023-03
- 3.6 Investitionsförderprogramm 2019 - 2028
Vorlage: DrS/2024/053
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 4.1 Ergebnisse aus Jugend im Kreistag vom November 2023 / AG 1 Mobilität und Umwelt
hier: Antrag Bedarfsorientierter Busverkehr z.B. HVV Hop
Vorlage: DrS/2024/023
 - 4.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler auf Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes - Erstellung eines Solar-katasters
Vorlage: DrS/2024/040
 - 4.3 Neue Ausschreibung der temporär-intensivpädagogischen Maßnahmen im Kreis Segeberg 2024
Vorlage: DrS/2024/035
 - 4.4 Einstellung der Geschwisterermäßigung für Schulkinder in anerkannten Horten zum 31.12.2024
Vorlage: DrS/2024/034
 - 4.5 Durchführung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über Dienstleistungen zur Bestandsaktendigitalisierung
Vorlage: DrS/2024/047
 - 4.6 Antrag der CDU-Fraktion zu Einsparungen im Haushalt
Vorlage: DrS/2024/042
 - 4.7 Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Hauptsatzung - Anzahl der Vertreter
Vorlage: DrS/2024/043
 - 4.8 Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Geschäftsordnung - Ablehnung eines Antrags und Versandfrist
Vorlage: DrS/2024/052
 - 4.9 Antrag auf Verstetigung der Partnerschaftspflege als hauptamtliche Aufgabe
Vorlage: DrS/2024/054
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Anfragen

5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

6 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

7 Übertragung der Fachdienstleitung 10.20 "Gremien, Kommunikation, Controlling"
Vorlage: DrS/2024/055

8 Ernennung eines Beamten
Vorlage: DrS/2024/056

9 HanseWerk AG: Aktualisierung des Beteiligungsangebotes an der Schleswig-Holstein Netz AG
Vorlage: DrS/2024/032

9.1 HanseWerk AG: Aktualisierung des Beteiligungsangebotes an der Schleswig-Holstein Netz AG - Anlage Übersicht
Vorlage: DrS/2024/032-01

10 HanseWerk AG Beteiligungsstruktur
Vorlage: DrS/2024/036

10.1 HanseWerk AG Beteiligungsstruktur - Anlage Übersicht
Vorlage: DrS/2024/036-01

11 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises

(öffentlich)

12 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung. Diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2024

Herr Weidler weist darauf hin, dass es sehr kompliziert sei die Anlagen zu den Niederschriften in Allris zu finden.

Herr Landrat Schröder bestätigt, dass sich dies angeschaut werde.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Niederschrift. Diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

Herr Landrat Schröder berichtet, dass dem Kreis Segeberg bis zum 11. April 462 Personen zugewiesen werden. 34 Personen würden Schackendorf zugewiesen und Rest werde in den Kommunen verteilt.

Auf Nachfrage von Herrn Flak erklärt Herr Schröder (FBL II), dass in der Woche ungefähr 20 Personen aus der Ukraine kämen.

Herr Landrat Schröder berichtet des Weiteren, dass in der Landesunterkunft in Boostedt ca. 1.300 Menschen und in Bad Segeberg ca. 1.000 Menschen untergebracht seien. Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke erklärt er, dass im Herbst 2023 bereits Überlastungsanzeigen von allen Kreisen und kreisfreien Städten beim Land gestellt worden seien. Auf Nachfrage von Herr Flak erklärt er, dass eine Anzeige von Wahlstedt komme.

Herr Schröder (FBL II) ergänzt, dass die zweite Anzeige von Leezen komme. Beide Überlastungsanzeigen seien gestellt worden, bevor die Unterstützungskapazitäten des Landes erhöht worden seien.

Herr Flak erkundigt sich nach einer Übersicht wie viele Wohnungen im Kreis angemietet worden seien, um darin Personen unterzubringen.

Herr Landrat Schröder erklärt, dass es eine solche Übersicht nicht gebe, da es mobile, gemietete, gekaufte und selbst gebaute Wohnungen gebe und dies Aufgabe der Kommunen sei.

Herr Malassa erkundigt sich nach den Fluchtgründen der Menschen aus der Türkei. Herr Landrat Schröder erklärt, dass die Antwort auf diese Frage an Protokoll gehängt werde.

Herr Landrat Schröder berichtet, dass die Landesregierung die Zuwendungen in Höhe von 190 Mio. € für die kommunalen OGS´en bestätigt habe. Es bleibe jedoch offen, was passiere, wenn das Geld zuende sei. Das gleiche gelte für die Wärmeplanung mit Zuwendungen in Höhe von 105 Mio. €.

Zum Bürokratieabbau und der Aufgabenkritik sei eine Arbeitsgruppe zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung gegründet worden.

Die Anpassung des KitaG werde die Verwaltung weiter begleiten und bis zur Sommerpause werde eine Lösung benötigt. Parallel müsse geschaut werden, wie das Zielsystem aussehen solle.

Der reguläre Start des Bildungstickets sei voraussichtlich am 01.01.2025. Die Kreise und Städte seien aufgefordert ab Sommer eine Übergangslösung zu entwickeln.

Durch das Gespräch der Ministerpräsidenten im Hinblick auf die Asyl-Bezahlkarte werde von einer gemeinsamen Lösung der Kreise und kreisfreien Städte in SH ausgegangen.

Am 08.03.2024 sei die Genehmigung des Haushaltes mit Auflagen erfolgt. Die Kreditermächtigung werde um 4,9 Mio. € und die Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre um 15 Mio. € gekürzt. Parallel müssten Konsolidierungsmaßnahmen beraten werden.

Herr Landrat Schröder gibt den Schuldenstand zu Protokoll (siehe Anlage).

Auf Nachfrage von Herrn Schuchardt erklärt Herr Landrat Schröder, dass der Kreis durch die Übergangslösung zum Bildungsticket keine Nachteile haben werde, da 15 Mio. € unter den Kreisen dafür aufgeteilt werden würden. Ab dem 01.01.25 werde die Abrechnung über OLAF abgewickelt.

Er ergänzt zu seinem Bericht, dass die Fachaufsichtsbeschwerde zu Hillwood in Quickborn beschieden worden sei. Das Land habe dem Kreis Segeberg rechtgegeben und die Beschwerde zurückgewiesen.

Die Maßnahmen zur beschlossenen Schließung der Schule am Kastanienweg seien gut vorangekommen. 25 Schüler*innen würden nach der Schließung der Schule versorgt werden mit z.B. TiP-Maßnahmen, wenn diese beschlossen würden. Nach dem Beschluss dazu werde der Antrag beim Land gestellt.

Das Audit zu IKFZ sei am 05.03.24 erfolgt. Es müssten noch einige Nacharbeiten gemacht werden. Wenn diese erledigt seien, sei der Kreis Segeberg einer der ersten in Deutschland die IKFZ 4 mit Audit zum Laufen gebracht hätten.

Ergänzung der Verwaltung:

Die Einschätzung von Asylgründen für bestimmte Staaten ist für eine kommunale Behörde schwierig, da nur ein Tortenausschnitt wahrgenommen wird.

Aus den Segeberger Fällen der letzten Jahre kann vielleicht grundsätzlich die Einschränkung der Menschen- und Presserechte in der Türkei, die Verfolgung der Gülen-Bewegung, der Austausch/Bestrafung der Putschisten, sowie die türkische Kurdenfrage benannt werden.

Einige türkische Staatsangehörige nutzen das Asylverfahren aber auch zur Umgehung eines Visumgrundes oder -antrags, denn türkische Staatsangehörige sind in der Regel für alles visumspflichtig.

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Herr Buthmann erklärt, dass die Ukrainer am 12.02.24 um 14:45 angekommen seien. Es seien zwei Männer und zwei Frauen. Am 13.03.24 werde das geplante Programm wie festgelegt stattfinden.

Im Kreistag würden die Jugendkreistagspräsidenten und ihr Stellvertreter anwesend sein.

zu 3 Berichte/Informationen

zu 3.1 Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 76 Abs. 4 GO für das Jahr 2023 Vorlage: DrS/2024/045

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

**zu 3.2 Annahme einer Spende gemäß § 76 Abs. 4 GO für das Jahr 2023 für die Schule am Hasenstieg in Norderstedt
Vorlage: DrS/2024/049**

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt nachträglich der Annahme einer Sachspende für die Schule am Hasenstieg in Norderstedt über 27.603,66 EUR zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.3 Sachstand Februar 2024 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zu den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2018 - 2020
Vorlage: DrS/2024/050**

Herr Malassa erkundigt sich, wieso Punkt 1.2 auf Seite 3 noch immer rot sei.

Herr Schmitt erklärt, dass dies in der Beteiligungsrichtlinie umgesetzt werden sollte. Aufgrund seiner Doppelbelastung sei dies noch nicht geschehen.

Auf eine weitere Nachfrage von Herrn Malassa erklärt Herr Landrat Schröder, dass man bei MACH in erster Linie auf Dritte angewiesen sei aufgrund der Schnittstellen. Es werde versucht nur die Stellen zu schaffen, die unbedingt nötig seien. Daher seien die Personalressourcen teilweise gering.

Herr Landrat Schröder erklärt auf Nachfrage von Herrn Kowitz, dass an einem gesetzeskonformen Verzeichnis, wie in Punkt 10.58 beschrieben, gearbeitet werde.

Herr Stelling ergänzt, dass dies ein Thema der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten sei.

Herr Landrat Schröder erwähnt, dass hierzu eine Rückmeldung ans Protokoll geben werde.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke erklärt Frau McGregor, dass die Liste am 23.02.24 erstellt worden sei.

Herr Schuchardt erkundigt sich, wieso es so viele Verwahrbuchungen gebe und was gemacht werden könne, um dies zu verringern.

Herr Landrat Schröder erklärt, dass in vielen verschiedenen Runden schon über verschieden Lösungen gesprochen werde und es hoffentlich dadurch besser werde.

Ergänzung der Verwaltung:

Der Punkt 3.8 der RPA-Kontrollliste ist weiterhin offen.

zu 3.4 Abschlussbericht E-Government-Aktionsplan 2023 Vorlage: DrS/2024/051

Herr Kowitz erkundigt sich, ob es bei 253 Onlinediensten geblieben sei und wie der Kreis Segeberg im Vergleich zu den Nachbarkreisen stehe.

Herr Kuhlmann bestätigt die Zahl nach dem OZG-Umsetzungskatalog. Der Kreis setze jedoch noch weitere eigene Onlinedienste um. Es könne zudem nun auch online bezahlt werden, wodurch noch mehr Leistungen online angeboten werden könnten. Im Vergleich zu den Nachbarkreisen sei es sehr unterschiedlich. Es würden aber die Formulare untereinander getauscht werden, damit nicht jeder Kreis alles selber machen müsse und vieles stehe auch über den Onlineshop vom ITV SH zur Verfügung.

Auf Nachfrage von Herrn Kowitz berichtet Herr Kuhlmann, dass die Projektgruppe zum IT Verbund sehr wenig Papier benutze. Vieles laufe über ein Projektmanagement-Tool, wodurch wenig gedruckt würde. Es würden außerdem mit Form-Solutions Onlineformulare erstellt werden, wenn dies als sinnvoll erachtet werde. Insgesamt funktioniere der Austausch unter den Kreisen sehr gut und die Lösungen von anderen Kreisen würden genutzt.

Herr Kuhlmann erklärt auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke, dass alle Dienste aus der Liste aktuell genutzt werden können. Diese Liste gebe es ab jetzt standardmäßig zu den Berichten dazu.

Frau Beer erklärt auf Nachfrage von Herrn Malassa, dass die digitalisierten Bestandsakten in der Regel nach sechs Monaten vernichtet würden.

Herr Landrat Schröder ergänzt, dass im Vorwege abgeschätzt werde, bei welchen Akten eine Digitalisierung sinnvoll sei und bei welchen nicht.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke bestätigt Herr Kuhlmann, dass in den nächsten Berichten immer ein Verzeichnis über die Abkürzungen vorhanden sein werde.

Es entsteht eine Diskussion, wie häufig der Bericht im Hauptausschuss auf der Tagesordnung sein muss. Es wird sich darauf geeinigt, dass einmal am Ende des Jahres der Bericht im Hauptausschuss mit dem Sachstandsbericht des aktuellen Jahres und dem Aktionsplan des Folgejahres behandelt werde.

zu 3.5 Sachstandsbericht zur Gründung eines gemeinsamen IT-Verbundes - Prüfauftrag Vorlage: DrS/2023/023-03

Herr Landrat Schröder erklärt, dass mit Hochdruck mit dem IT-Verbund Stormarn und dem Kreis Herzogtum-Lauenburg daran gearbeitet werde. Es sei jedoch deutlich komplizierter als ursprünglich angenommen. Der Zwischenbericht sei von der PD geliefert worden. Dieser sei ein Werkstattbericht und sei zum Teil noch nicht im Lenkungsausschuss besprochen worden. Das Thema Finanzen sei ebenso noch nicht besprochen worden. Der Bericht liege in gleicher Form in den anderen Kreisen auch vor.

Herr Scheunert erklärt, dass zu Beginn Schwachstellen beschrieben würden, die beseitigt werden sollen. Es gebe jedoch keine Konnektivität zwischen den Mitteln und den angesetzten Zielen.

Herr Landrat Schröder nimmt diesen Hinweis für das ausformulierte Grobkonzept auf und erklärt, dass das Ziel im Umsetzungsbeschluss im Sommer der 01.01.2025 sein solle.

Herr Ahrens erwähnt daraufhin, dass es gut wäre einen Zeitplan zu bekommen, wann mit den Zahlen etc. gerechnet werden könne.

Herr Stelling erklärt, dass er am 12.03.2023 noch zu Gesprächen in Hamburg gewesen sei und der spätmöglichste Zeitpunkt für das Grobkonzept bestimmt werden

müsse. Dies sei spätestens Ende April, woraufhin hoffentlich vor dem Sommer im Kreistag der Beschluss gefasst werden solle. Sobald es eine verbindliche Aussage zu den finanziellen Mitteln gebe, werde Bescheid gegeben.

Herr Schuchardt merkt an, dass der IT-Verbund Stormarn sieben Träger beinhalte, die auch alle Gremien hätten.

Herr Ahrens wünscht, dass bis April die gesellschaftsrechtlichen und juristischen Vorlagen und der Finanzplan geliefert werden.

Herr Landrat Schröder erwähnt, dass es eine Anstalt öffentlichen Rechts werden solle.

Herr Stellung erkundigt sich, ob ein extra Termin zu diesem Thema gewünscht sei. Der Ausschuss stimmt diesem zu.

zu 3.6 Investitionsförderprogramm 2019 - 2028 Vorlage: DrS/2024/053

Herr Weidler erklärt, dass es eine Verlängerung des Programms um weitere fünf Jahre gebe. Die Bedingungen im ersten Teil haben zwischen 20.000 € und 50.000 € gelegen. Im zweiten Teil lägen diese zwischen 10.000 € und 50.000 €. In der Einzelaufstellung seien diverse Projekte bewilligt worden, die im ersten Teil unter 20.000 € gelegen hätten.

Frau McGregor antwortet, dass die Maßnahme in diesem Rahmen liegen müsse und nicht der Zuschuss, den der Kreis Segeberg zahle. Auf Nachfrage von Herr Buthmann erklärt sie, dass zunächst die Bewilligung erfolge und die Auszahlung vom Maßnahmenablauf abhängig sein würde. Die Mittel würden nicht verloren gehen und auch ins Folgejahr geschoben werden. In diesem Zusammenhang werde viel mit Verpflichtungsermächtigungen gearbeitet.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke erklärt Herr Schröder (FBL II), dass davon ausgegangen werde, dass der neue RTW des DRK Norderstedt ehrenamtlich genutzt werde und somit keine Konkurrenz zum RKiSH darstelle.

Frau Hahn-Fricke bittet darum, einmal im Jahr eine solche Liste im Ausschuss zu bekommen.

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Ergebnisse aus Jugend im Kreistag vom November 2023 / AG 1 Mobilität und Umwelt hier: Antrag Bedarfsorientierter Busverkehr z.B. HVV Hop Vorlage: DrS/2024/023

Frau Hahn-Fricke berichtet, dass der Beschlussvorschlag im UNK geändert worden sei.

Herr Flak erkundigt sich, ob mit den Taxiunternehmen gesprochen worden sei. An diesen sei das Thema näher dran als am regulären Busverkehr.

Herr Kowitz verweist darauf, dies in den Fachausschuss mitzunehmen, da die SVG zuständig sei und die entsprechenden Gespräche führe.

Herr Hansen erwidert, dass keine Gespräche geführt werden würden, da es um eine Verbreitung des Regelverkehrs gehe.

Herr Flak ermahnt, dass es zu einfach sei, das Thema auf die SVG zu schieben. Es sei in der Verantwortung der Politik keine Konkurrenz zu bestehenden Gewerbeunternehmen zu schaffen.

Herr Ahrens erwidert, dass man eine tiefere Kenntnis über die Märkte haben müsste, um eine Konkurrenz zu den Taxiunternehmen annehmen zu können.

Frau Schmid erwähnt, dass die Senior*innen auch davon betroffen seien, da Taxifahren oft zu teuer für sie sei. Es müsse alternative Möglichkeiten geben.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit bei den zum Fahrplanwechsel 12/2025 ff. vorzuschlagenden neuen Maßnahmenpaketen der vorliegende JiKT-Beschluss (DrS/2023/004) berücksichtigt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	12			12

Frau Hahn-Fricke erklärt, dass die TOPs zur HanseWerk AG nun vorgezogen würden, da Herr Boxberger nur dafür anwesend sei. Im Anschluss werde der restliche nichtöffentliche Teil vorgezogen und beraten.

zu 12 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

TOP 9 HanseWerk AG: Aktualisierung des Beteiligungsangebotes an der Schleswig-Holstein Netz AG Vorlage: DrS/2024/032

Der Hauptausschuss stimmt der Aktualisierung des Beteiligungsangebotes einstimmig zu.

TOP 7 Übertragung der Fachdienstleitung 10.20 "Gremien, Kommunikation, Controlling" Vorlage: DrS/2024/055

Der Hauptausschuss stimmt der Übertragung der Fachdienstleitung 10.20 „Gremien, Kommunikation, Controlling“ einstimmig zu.

TOP 8 Ernennung eines Beamten Vorlage: DrS/2024/056

Der Hauptausschuss stimmt der Ernennung eines Beamten einstimmig zu.

zu 4.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler auf Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes - Erstellung eines Solarkatasters
Vorlage: DrS/2024/040

Herr Schuchardt erinnert an die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Dies sei eine vorgezogene Maßnahme aus diesem. Ursprünglich sei es eine Vorlage der Verwaltung gewesen, die vor der Abstimmung im Kreistag von der Verwaltung zurückgezogen worden sei.

Herr Kowitz erklärt, dass die CDU weiterhin dagegen sei. Es seien bereits 11.000 Anlagen im Kreis Segeberg gebaut worden. Ein Anreizprogramm sei daher unnötig und an dieser Stelle könne die Verwaltung Geld einsparen.

Herr Ahrens verdeutlicht, dass die SPD keine sachlichen Gründe sehe, an denen man den Erfolg messen könnte. Ein Kompromiss könnte jedoch sein, vorher bei den Kommunen den Bedarf abzufragen, wer Interesse an einem Solarkataster hätte. Wer Interesse äußern würde, könne über das Infrastrukturprogramm einen Zuschuss beantragen. Dies müsste im Vorwege noch in der Lenkungsgruppe besprochen werden.

Herr Flak verdeutlicht, dass dieser Antrag ein zweites Mal eingebracht werde. Die Kommunen, die so etwas bräuchten, würden es auf eigene Kosten erstellen. Aufgrund des Fortschritts der Technik sei die Frage nach der Statik bald wichtiger als die Himmelsrichtung der Dächer. Es sei schon im Ausschuss darüber diskutiert worden und an dieser Stelle könne die Verwaltung Geld einsparen.

Herr Hansen weist auf die volkswirtschaftliche Betrachtung hin. Man wisse, dass es Kommunen gebe, die das Kataster haben wollen. Im Kreisklimarat sei durch verschiedene Klimaschutzmanager*innen ein Interesse bekundet worden. Die Differenz der Kosten für den Kreis zu den Kosten der Kommunen sei erheblich. Es sei daher sinnvoll, wenn der Kreis es machen würde.

Herr Schuchardt antwortet Herrn Ahrens. Bei diesem Angebot würden es noch mehr Gemeinden in Auftrag geben und es würde für den Kreis Segeberg noch teurer werden.

Herr Flak hebt hervor, dass die Kommunen nicht ermutigt werden sollten. Es gehe darum, die gesamten Kosten einzusparen.

Herr Ahrens erwidert, dass die Folgekosten bei den Kommunen und nicht beim Kreis liegen würden. Außerdem werde nur ein Anteil gefördert.

Herr Ahrens formuliert den Antrag der SPD.

Herr Kowitz erklärt, dass der Antrag abgelehnt werden müsse, weil kleine Gemeinden nicht über die Grenze von 10.000 € kommen würden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt als Maßnahme zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes die Erstellung und Bewerbung eines Solarkatasters für das Kreisgebiet. Die Kreisverwaltung wird gebeten, die Gemeinden, Ämter und Städte hierüber umgehend in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		5		5
SPD		2		2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD		1		1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	4	8		12

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Abfrage bei den Kommunen zu stellen und bei entsprechendem Bedarf wird dieser in der Lenkungsgruppe besprochen und eine Möglichkeit zur Förderung über das Infrastrukturprogramm eröffnet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		5		5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen		2		2
AfD		1		1
FDP		1		1
Freie Wähler		1		1
Gesamt	2	10		12

zu 4.3 Neue Ausschreibung der temporär-intensivpädagogischen Maßnahmen im Kreis Segeberg 2024 Vorlage: DrS/2024/035

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie der Jugendhilfeausschuss empfehlen dem Kreistag, die Kreisverwaltung mit der Ausschreibung von tip-Maßnahmen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beginnen. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Aufhebung des Sperrvermerkes über 837.000€ und gibt somit die entsprechenden Finanzmittel, die in dem „Finanzbudget zur Ausgestaltung besonderer Förderbedarfe im schulischen Kontext“ (DrS/2023/238) enthalten sind, frei. Der Start der Maßnahmen wird zum Schuljahr 2024/2025 avisiert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.4 Einstellung der Geschwisterermäßigung für Schulkinder in anerkannten Horten zum 31.12.2024 Vorlage: DrS/2024/034

Herr Flak fragt nach dem finanziellen Umfang und wie es sich auf die Satzung der Sozialstaffel auswirke. Aktuell gebe es die Sozialstaffel und die einkommensunabhängige Ermäßigung.

Frau Hahn-Fricke merkt an, dass in der Vorlage stehe, dass es eine freiwillige Leistung sei, sie es aber in keiner Liste gefunden habe.

Frau Terschüren antwortet, dass die Kosten sich grob überschlagen für den Istzustand auf eine halbe Million Euro belaufen würden. Diese seien im Teilplan 361 unter Sozialstaffel und Kinderbetreuungskosten eingerechnet. Zu finden sei die Maßnahme im Vorbericht des Haushaltes oder bei den pflichtigen Leistungen, die in der Höhe freiwillig sind. Die einkommensunabhängige Ermäßigung sei nach dem Gesetz eine Kann-Vorschrift. In der Satzung stehe wie genau vorgegangen werden solle. Dies korrespondiere mit dem KitaG. Die Sozialstaffel sei vorgegeben durch das SGB VIII.

Frau Schultz erklärt, dass die freiwilligen Leistungen für die Übergangszeit seien, bis der Hort überall in eine offene Ganztagschule umgewandelt sei. Wenn die Maßnahme fortgeführt werden solle, dann müsse die OGS gleichermaßen gefördert werden.

Beschlussvorschlag:

Die Geschwisterermäßigung für Schulkinder in anerkannten Horten wird zum 31.12.2024 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.5 Durchführung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über Dienstleistungen zur Bestandsaktendigitalisierung Vorlage: DrS/2024/047

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Fachdienst 10.50 mit der Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Ermittlung eines geeigneten Rahmenvertragspartners, sowie mit dem Abschluss einer entsprechenden Rahmenvereinbarung in den zuvor ausgeführten Wertgrenzen zu beauftragen. Der Fachdienst soll den Kreistag über das Ergebnis des Vergabeverfahrens in Kenntnis setzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.6 Antrag der CDU-Fraktion zu Einsparungen im Haushalt Vorlage: DrS/2024/042

Herr Kowitz erklärt, dass die CDU etwas an die Hand bekommen wolle und nicht einfach irgendwo einsparen wolle. Sie wolle von Fachleuten Ideen zu Einsparungen erhalten und welche Einsparungen diese bringen würden.

Herr Landrat Schröder antwortet, dass dies vor dem Hintergrund des Haushaltes möglichst frühzeitig mit der Lenkungsgruppe diskutiert werden solle, um genug Zeit zu haben. Die Diskussion solle in der Lenkungsgruppe geführt werden. Die Berechnungen würden Zeit benötigen und die Lenkungsgruppe wisse über die freiwilligen Leistungen Bescheid. Am Ende könne die Verwaltung jedoch nur zuarbeiten und die

Politik entscheide.

Herr Ahrens hebt hervor, dass sich an Pflichtleistungen nicht sparen lasse und dass nicht alle freiwilligen Leistungen durchgesprochen werden müssten. Eine Übersicht wäre jedoch gut und im Lenkungsausschuss sollten die Gedanken der CDU verfeinert werden.

Herr Landrat Schröder erwidert, dass die freiwilligen Leistungen aufgelistet seien und nachgeschaut werden könnten. Auch bei pflichtigen Leistungen könnten in bestimmten Bereichen Einsparungen vorgenommen werden. Dies gehöre in der Vorberatung in die Lenkungsgruppe.

Herr Schuchardt fasst zusammen, dass ein Blick auf die freiwilligen Leistungen geworfen werden solle und die Politik am Ende entscheide.

Herr Scheunert unterstützt den Antrag, da dieser ein klares Ziel habe.

Herr Flak teilt die Intention des Antrags. Im Beschlussvorschlag seien durch die Produktgruppen der Ausschüsse jedoch auch die Pflichtaufgaben umfasst. Der Fokus müsse weitergedacht werden bis hin zu Dingen, die nicht in der Liste auftauchen. Die Verwaltung solle eine grobe Richtung vorgeben und in der vorliegenden Beschlussformulierung funktioniere dies nicht.

Herr Hansen erklärt, dass nur die Verwaltung beschäftigt werde. Die Bereiche, wo es Spielraum gebe, seien erkennbar. Einsparungen zu finden sei eine Aufgabe der Politik.

Herr Ahrens hebt hervor, dass mindestens auf mittlere Sicht auch die Kreisumlage angegangen werden müsse. Je eher dies kommuniziert werde, desto besser.

Herr Kowitz erwidert, dass es nicht nur um freiwillige Aufgaben gehe. Es gehe auch um pflichtige Aufgaben, bei denen die Höhe bestimmt werden könne. Es könne von der Politik nicht erkannt werden, wo etwas über der Pflicht liege. Daher werde eine Übersicht aus dem operativen Geschäft benötigt.

Frau Schultz erklärt, dass sich die SPD sehr an den 10 % störe.

Herr Scheunert erklärt, dass es eine übliche Methode sei, alles offenzulegen, um den Haushalt zu konsolidieren. Es solle daher eine Liste von allen möglichen oder nicht möglichen Einsparungen geben. Wenn die Einsparungen begründet seien und keine großen Nachteile bringen würden, könne man einsparen.

Frau McGregor erklärt, dass schon alles gemacht werde, was gesagt wurde. Es sei nicht der erste konsolidierungspflichtige Haushalt. Es würden Listen erstellt. Die 10 % aus dem Antrag seien jedoch nicht erreicht. „10% der Aufwendungen“ solle daher aus dem Beschlussvorschlag gestrichen werden.

Herr Kowitz erklärt sich damit einverstanden.

Herr Ahrens erklärt, dass die SPD den Vorschlag von Frau McGregor als Änderungsantrag einbringe.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zur Vorbereitung der Haushaltsvorberatungen 2025 der Selbstverwaltung Vorschläge zu unterbreiten, die Einsparpotenziale in den Produktgruppen der jeweiligen Ausschüsse mit zugehörigen Auswirkungen aufzeigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD			1	1
FDP			1	1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	10		2	12

Es entsteht eine Diskussion über das Verfahren mit Änderungsanträgen. Herr Flak gibt eine persönliche Erklärung für die AfD ab: Die AfD habe sich zu dem Änderungsantrag enthalten, unterstütze aber das Ziel, Einsparungen im Haushalt vorzunehmen. Die Zustimmung dazu sei ihm durch eine unsaubere Abstimmreihenfolge genommen worden.

zu 4.7 Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Hauptsatzung - Anzahl der Vertreter Vorlage: DrS/2024/043

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt die Änderung der Hauptsatzung:
§ 5 Ständige Ausschüsse Absatz 5 Satz 1 soll wie folgt geändert werden:
Jede Fraktion kann bis zu 8 stellvertretende Ausschussmitglieder vorschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP			1	1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 4.8 Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Geschäftsordnung - Ablehnung eines Antrags und Versandfrist Vorlage: DrS/2024/052

Herr Kowitz erklärt, dass es derzeit keine Sperrmöglichkeit für Anträge gebe. Es sollen ohne neue Fakten keine Anträge wieder eingebracht werden können. Darüber hinaus solle die Bereitstellung der Drucksachen nach vorne verlegt werden. Bei An-

träge gebe es eine Bearbeitungsfrist von 21 Tagen und daher komme auch die neue Frist für die Bereitstellung von Vorlagen.

Herr Schuchardt erklärt, dass die Freien Wähler dem ersten Punkt nicht zustimmen könnten. Dies sei nicht umsetzbar, da es jederzeit Situationen geben könne, in denen ein neuer Beschluss gefasst werden müsse. Der zweite Punkt könne nicht schaden. Daher solle getrennt abgestimmt werden.

Herr Flak stimmt den Freien Wählern im ersten Punkt zu. Er vermute, dass die Frage der Antragstellung grundlegende Rechte betreffe, die durch die Geschäftsordnung nicht angefasst werden könnten. Darüber hinaus sei die Regelung überflüssig, da es nicht vieler solcher Anträge gebe und in der Realität nur Diskussionen aufkommen würden. Der zweite Punkt bedeute, dass die Vorlagen in der Verwaltung früher erstellt werden müssten und dadurch etwas weniger aktuell seien. Die AfD sei dagegen, da dadurch zu viel Flexibilität genommen werden würde.

Herr Hansen stimmte Herrn Flak im zweiten Punkt zu. Aus politischer Sicht sei es wünschenswert, als Verpflichtung aber nicht hilfreich. Er glaube nicht, dass gleiche Anträge nochmal eingebracht würden, sondern lediglich ähnliche.

Herr Landrat Schröder erklärt zum ersten Punkt, dass in der GO Vereinbarungen getroffen werden könnten, an die sich gehalten werden müsse. Wenn jedoch über die Ablehnung des Kreispräsidenten im Kreistag abgestimmt werden müsse, habe man die Diskussionen im Kreistag und nicht in den Fachausschüssen. Den zweiten Punkt entscheide die Politik. Dieser Beschluss habe aber eine Menge Folgen. Der Vorlauf vor den Sitzungen würde noch eher beginnen und die Gefahr, dass sich die Zahlen ändern, würde noch größer werden. Dann würde man von Ergänzungsinformationen und Tischvorlagen reden. Formal sei es nur eine Woche eher, aber es habe den Nachteil der Aktualität und der nachgereichten Vorlagen. Außerdem müssten die Abstände zwischen gleichen Ausschüssen und die Jahresübergänge beachtet werden. Zudem müssten externe Gremien berücksichtigt werden.

Herr Kowitz zieht den Antrag zurück.

zu 4.9 Antrag auf Verstetigung der Partnerschaftspflege als hauptamtliche Aufgabe Vorlage: DrS/2024/054

Auf Nachfrage von Herrn Flak erklärt Herr Buthmann, dass der Antrag von ihm als Kreispräsident komme.

Beschlussvorschlag:

Empfehlung an den Hauptausschuss und den Kreistag, den Anteil einer Stelle 0,5 VZS im KT-Büro als Partnerschaftsbeauftragte*r umzuwandeln, im Stellenplan ab dem Haushaltsjahr 2024 entsprechend auszuweisen und dem Kreispräsidenten zuzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	12			12

zu 5 Verschiedenes

Herr Buthmann informiert darüber, dass ab dem 18.03.2024 eine Ausstellung des Volksbundes im BBZ zu sehen sei. „Helden, Täter, Opfer“ heiße diese. Es handele sich um eine Wanderausstellung, die während der Öffnungszeiten des BBZ besichtigt werden könnte.

zu 5.1 Anfragen

Es gibt keine Anfragen.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Es gibt keine Anregungen für die nächste Sitzung.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Angelika Hahn-Fricke
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Grunow
(Protokollführung)